



## **MOLITOR: Geltende Regeln der EURO-Rettungsprogramme müssen auch bei Zypern konsequent eingehalten werden**

MOLITOR: Geltende Regeln der EURO-Rettungsprogramme müssen auch bei Zypern konsequent eingehalten werden  
Zu den Verhandlungen über eine mögliche Zypern-Hilfe erklärt die Obfrau der FDP-Bundestagsfraktion und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union Gabriele MOLITOR: Am Wochenende haben sich die Mitglieder der Eurogruppe und Vertreter der zyprischen Regierung auf die Eckpunkte einer möglichen Finanzhilfe für Zypern geeinigt. Die FDP-Bundestagsfraktion begrüßt dabei die Beteiligung der Eigentümer und anderer Gläubiger der Banken an dem geplanten Programm für Zypern. Für Kleinsparer sollte dabei eine vertragliche Lösung gefunden werden. Entscheidend für die Bewertung des Programms ist allerdings nach wie vor der Bericht der Mitglieder der Troika über die Systemrelevanz der zyprischen Banken für den Euroraum. Vor einer Entscheidung im Bundestag muss dargelegt werden, welche möglichen Folgen eine Pleite zyprischer Banken und die Zahlungsunfähigkeit des Landes tatsächlich für die Eurozone und die Europäische Union hätte. Klar ist aber bereits jetzt, dass die Verhandlungen der letzten Wochen Fortschritte gebracht haben. So ist die Ankündigung Zyperns, den Körperschaftsteuersatz von 10 auf 12,5 % zu erhöhen, Staatsbetriebe zu privatisieren und einen Teil seiner Schulden durch Transfer von Staatsvermögen zu tilgen, dem Druck der Europartner geschuldet. Hinzu kommt, dass das mögliche Finanzierungsprogramm weitreichende Auflagen zur Bekämpfung von Geldwäsche vorsieht. Für die FDP-Bundestagsfraktion ist diese Auflage entscheidend, um in Zukunft Schwarzgeld auf zyprischen Konten zu verhindern. Ohne diese Veränderungen wäre ein Programm zur Unterstützung Zyperns nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In diesem Sinne muss nun auch der zyprische Bankensektor auf EU-Durchschnitt verkleinert werden. Dies geschieht durch die Reduzierung des internationalen Geschäfts und durch den Verkauf des griechischen Geschäfts der zyprischen Banken. Ohne diese Schritte wäre die Solvenz des zyprischen Staates dauerhaft bedroht. Die Verhandlungen des Wochenendes haben auch gezeigt, dass die Europapolitik der Regierungskoalition der richtige Weg ist. Konsolidierung, Strukturreformen und zielgerichtete Investitionen führen am Ende zum Ziel. Dass die Konsolidierung des zyprischen Staatshaushaltes zu einer der wesentlichen Auflagen des Programms gemacht wird, ist richtig und ohne Alternative. Dies wird auch dadurch deutlich, dass der Internationale Währungsfonds seine Beteiligung an dem Programm angekündigt hat. Durch die genannten Voraussetzungen wird der Finanzbedarf für Zypern auf 10 Mrd. ? begrenzt.  
FDP  
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 - 28 49 58 43  
Telefax: 030 - 28 49 58 42  
Mail: presse@fdp.de  
URL: <http://www.fdp.de>  


### **Pressekontakt**

FDP

10117 Berlin

fdp.de  
presse@fdp.de

### **Firmenkontakt**

FDP

10117 Berlin

fdp.de  
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.